



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

R/V/ 260

7. November 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Keine Kartoffeln und Stromsperre - wie 1947	S.1
Pension für alle Schweden	S.3
AFoFL fordert Freilassung der Kriegsgefangenen	S.3
Deutsche und dänische Jungsozialisten tagen	S.5

Die Winter -"Vorsorge" in der Ostzone

-g-Rostock, im November

Von der Anfang dieses Jahres durch die ostzonalen Regierungstellen angekündigte Aufhebung der Lebensmittelrationierung für 1950 spricht heute niemand mehr in der Ostzone. Die Bevölkerung hat sich auch mit dieser bewussten Irreführung abfinden müssen. Sie schätzte sich schon glücklich, als Ende dieses Sommers wenigstens der freie Einkauf von Winterkartoffeln zugesagt wurde. Denn die einschlägigen staatlichen Verkaufsstellen nahmen zu diesem Zeitpunkt laufend Vorbestellungen auf Einkellerungskartoffeln an. Propagandistisch wurde die Aufhebung der Kartoffelrationierung als ein überzeugendes Symptom des "wirtschaftlichen Aufstiegs" gewertet. Die Wirklichkeit aber, jetzt am Beginn des Winters, zeigt wieder einmal eine höchst rauhe Seite.

In allen Ländern der Ostzone stellten sich grosse Störungen in der Versorgung mit Winterkartoffeln ein und in den meisten Fällen konnten bisher nur 5-10 Pfund je Haushalt ausgegeben werden. Das Ablieferungssoll an Kartoffeln war - wie sich jetzt herausstellt - so hoch angesetzt worden, dass beispielsweise im Lande Mecklenburg bis Anfang November die Bauern nur 35,5% statt der vorgesehenen 100% abliefern konnten. Auf Grund des theoretisch errechneten hohen Ablieferungssolle aber hatten die ostzonalen Behörden voreilig eine "Aufhebung" der Kartoffelrationierung angekündigt. Jetzt, da die Ablieferung durch die Bauern rein zwangsläufig immer mehr ins Stocken gerät, wird die Bevölkerung unterrichtet, dass "schwere Sabotagefehler" der landwirtschaftlichen Organisationen und der staatlichen Zentralerfassungsstelle

"VVEAB" eine reibungslose Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln in Frage stellen.

Täglich bilden sich lange Käuferschlangen vor den Kartoffelhandlungen in der Erwartung, dass tagsüber einige Pfund ratenweise abgegeben werden. Und das selbst in Mecklenburg, das das landwirtschaftlich stärkste Land der Ostzone darstellt. Die Stärkefabriken und die Brennereien haben ebenfalls bisher nur verschwindend geringe Zuteilungen erhalten. In Brandenburg war beispielsweise Ende Oktober nirgendwo Kartoffelmehl erhältlich.

Ebenso schlecht ist es mit Brennstoffen bestellt. Im mecklenburgischen Kreis Wismar wurde die Bevölkerung bereits aufgerufen, sich bei den zuständigen Forstämtern Erlaubnisscheine für das Einsammeln von Reisig und Knüppelholz in den gelichteten Wäldern zu besorgen.

Wie stark die Brennstoff-Kalamität in der Ostzone heute nach "fünf Aufbaujahren" ist, geht am eindrucksvollsten daraus hervor, dass in diesem Winter ebenso scharfe Stromsperrn vorgenommen werden wie in den vorausgegangenen Jahren. Seit dem 1. Oktober werden für die Abendstunden durchweg nur zwei Stunden Lichtstrom "zugeteilt" und die Gasabgabe erstreckt sich auf die späten Abendstunden.

In diesem Zusammenhange ist es aufschlussreich, dass in der mecklenburgischen Hafenstadt Wismar die Hausfrauen aufgefordert wurden, durch den Gebrauch von Bügeleisen(!), Heizkissen oder Kochplatten nicht den "Fünfjahresplan" zu gefährden. Jeder Haushalt müsse sich künftig mit einer einzigen 40-Watt-Lampe zufriedengeben, wenn nicht noch schärfere Restriktionen eingeführt werden sollen. Auch die Handwerksbetriebe und Ladengeschäfte müssen in den Spitzenzeiten mit dem geringsten Stromverbrauch auszukommen versuchen, wenn das Kontingent nicht noch weiter geschmälert werden soll.

- - - - -

Pension für alle Schweden

KRK.Stockholm, im November

In Schweden wurde dieser Tage ein Vorschlag veröffentlicht, der das ganze schwedische Volk pensionsberechtigt machen will. Der Vorschlag, der auf der Basis einer allgemeinen Versicherung aufgebaut ist, will die allgemeine Volkspension ergänzen, die vor einigen Jahren Gesetz geworden ist. Prämien und Pensionssumme sollen sich nach der sozialen Stellung richten, die die Versicherten in ihrer aktiven Zeit einnehmen.

Untersuchungen der Versicherungsfachleute kamen zu dem Ergebnis, dass eine obligatorische Versicherung für alle Bürger am zweckmässigsten wäre. Die Prämien sollen zu gleichen Teilen vom Versicherten und dem Arbeitgeber getragen werden. Der erzielte Beitrag soll jedoch nicht auf den einzelnen Versicherten gebucht, sondern auf sämtliche Versicherte verteilt werden. Der Staat trägt lediglich die Verwaltungskosten. Die Reform würde vor allem für Bauern, Arbeiter und verwandte Sozialgruppen von Vorteil sein. Das Pensionsalter soll 67 Jahre für Männer und 63 Jahre für Frauen sein.

Im Kommentar zu dem Vorschlag heisst es, dass durch diese Regelung die Steuermoral verbessert werden könnte. Wer zu wenig versteuere, würde das bei Berechnung der Pension zu spüren bekommen. Bedeutsam ist, dass die Staatsausgaben bei dieser Reform keine nennenswerte Erhöhung erfahren und dass der Realwert der Pension für alle Zeitläufte garantiert wird, sodass die Versicherten also nicht Einbussen als Folge einer Geldentwertung befürchten müssten.

- - - - -

Flammender Kriegsgefangenenprotest der A.FoFL.

(sp) Das Komitee der A.F.of L. für freie Gewerkschaften hat zur Frage der in Rußland noch immer festgehaltenen Kriegsgefangenen die nachstehende Erklärung beschlossen. Wir entnehmen dieser der UNO übermittelten Erklärung u.a.:

Mehr als fünf Jahre nach der Einstellung sämtlicher Kriegshandlungen werden von der Sowjetdiktatur und deren polnischen und tschechoslowakischen Satelliten noch immer Hunderttausende von Deutschen als Kriegsgefangene festgehalten. Darüber hinaus hat das totalitäre Rußland vielen Tausenden von Italienern und Japanern die Rückkehr

in die Heimat verwehrt. Diese furchtbare Massentragödie zeigt, wie groß die Bedrohung der menschlichen Freiheit und der freien Arbeit in allen Ländern durch die russische Sklavenwirtschaft ist.

Auf die Anklagen wegen der unmenschlichen Festhaltung deutscher Kriegsgefangener hat Rußland mit schamlosen Lügen reagiert. Eine Tass-Erklärung stellt die Behauptung auf, daß die Höchstzahl der deutschen Kriegsgefangenen in Sowjethänden rund 1.900.000 betragen habe. Ein Kommuniqué des Oberkommandos der roten Armee vom 4. Mai 1945 gab aber an, daß bis dahin 3.180.000 deutsche Kriegsgefangene in die Gewalt der Sowjetunion geraten waren. Diese Zahl entspricht genau der Gesamtsumme der in den offiziellen Sowjetkriegsberichten während des Krieges angegebenen Gefangenenzahlen.

Wie ist diese große Diskrepanz zu erklären? Wo sind diese 1.200.000 deutschen Kriegsgefangenen geblieben? Als Mitglied der UNO ist es Rußland dieser Organisation schuldig, Auskunft über den Verbleib der Gefangenen zu geben und Rechenschaft über die Verschwundenen abzulegen.

Im März dieses Jahres hat die Regierung der Deutschen Bundesrepublik eine Registrierung der Namen der vermißten, bzw. gefangenen früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht durchgeführt. Bei dieser Registrierung wurden rund 1.150.000 von ihren Angehörigen als vermißt angegeben. Davon hatten 923.000 das letzte Lebenszeichen aus dem sowjetischen Machtbereich gegeben. Außerdem wurden bei der von der Bundesregierung vorgenommenen Registrierung 62.792 Namen von Kriegsgefangenen ermittelt, die in der Lage waren, Angehörigen oder Freunden mitzuteilen, daß sie noch immer in Sowjetgefangenenlagern festgehalten werden.

Es ist bezeichnend, daß die von der Bundesregierung veranstaltete Registrierung zu einem Ergebnis (1.154.029 plus 62.792 = 1.216.821) geführt hat, das mit der Zahl der Kriegsgefangenen identisch ist, die die Moskauer Spezialisten auf dem Gebiete der statistischen Zahlenakrobatik versucht haben, dem Blick der Weltöffentlichkeit zu entziehen.

Darüber hinaus haben deutsche amtliche und nichtamtliche Stellen das Vorhandensein von Hunderten von Gefangenenlagern in verschiedenen Gebieten der Sowjetunion festgestellt, in denen frühere deutsche Wehrmachtsangehörige und deutsche Zivilgefangene festgehalten werden. Zuverlässigen Schätzungen zufolge haben die Russen östlich der Oder-Keisse etwa 25 Prozent der Bevölkerung dieser deutschen Gebiete nach der Sowjetunion verschickt. In der Äusseren Mongolei, dem ältesten Satellitenstaat der Sowjetunion, schmachten jüdische Emigranten, die während der Hitlerherrschaft aus Deutschland geflohen waren, in Kon-

zentrationenlagern. Mehr als 150.000 deutsche Frauen werden gegenwärtig unter unmenschlichen Bedingungen in zahlreichen Lagern in verschiedenen Teilen der Sowjetunion festgehalten.

Als eine Organisation, die sich den Schutz der Menschenrechte und die Förderung eines wirklichen Weltfriedens zum Ziele setzt, hat die UNO die Aufgabe, die Sowjetregierung und deren Satelliten zu veranlassen, unverzüglich alle Kriegsgefangenen frei zu lassen. Es ist die Aufgabe der öffentlichen Meinung der demokratischen Welt und der freien internationalen Arbeiterbewegung, dafür zu sorgen, daß die Sowjetdiktatoren erkennen, daß die freie Welt sich nicht mehr mit Lügen abspeisen läßt. Wir richten an die Regierung der Vereinigten Staaten die Forderung, daß sie der UNO vorschlage, eine Sonderkommission nach der Sowjetunion zu entsenden, um die Zahl der noch festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen festzustellen und deren baldigste Freilassung zu gewährleisten.

Wir schlagen desgleichen vor, dass das Exekutivkomitee der I.B.F.G. beschliesse, eine eigene Delegation zwecks Untersuchung dieses Problems der deutschen und anderen Kriegsgefangenen nach Rußland zu entsenden.

Deutsche und dänische Jungsozialisten tagen.

(sp) Auf Einladung der dänischen Sozialdemokratie findet in Graasten-Nordschleswig in der dänischen Heimvolkshochschule "Falkung" vom 12. - 18. November eine Tagung junger Sozialisten statt. Neben führenden dänischen Sozialisten, Frede Nielsen - ehem. Verkehrsminister, Ib Kolbjörn, Alfred Christensen - beide Mitglied des dänischen Reichstages und den Parteisekretären, Olaf Carlson und Per Hækkerup werden als deutsche Referenten Paul Bromme, Redakteur und M.d.B., Hermann Clausen, M.d.B., Bruno Diekmann, ehem. Min.Präs. von Schleswig-Holstein und Erich Lindstaedt von den "Falken" sprechen.

Austritt aus dem Kulturbund.

(sp) In Nordrhein-Westfalen sind nun auch die letzten beiden Sozialdemokraten aus dem "Kulturbund für demokratische Erneuerung", einer kommunistischen Tarnorganisation, ausgetreten. Es handelt sich um den Oberstudiendirektor Dr. Paul Berger, Wesel, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer und Leo Wellmann, Direktor der Berufsschule Düsseldorf. Beide gehörten dem Präsidium des Kulturbundes an.